

K.III.7' POLNISCHE UND DEUTSCHE KATHOLIKEN**„Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa“.
Erklärung zum 1. September 1989 (Auszug)**

Das Ziel einer Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 1939 war es, sich gemeinsam der Geschichte zu stellen und eingedenk dieser Geschichte Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft zu stellen.

Am 1. September 1989 jährt sich zum 50. Male der Angriff Deutschlands auf Polen. Er wurde zum Ausgangspunkt des Zweiten Weltkrieges. Dieser Krieg ist von Hitler geplant und schließlich bewußt ausgelöst worden. Er markierte den Höhepunkt und zugleich das katastrophale Ende eines Weges der Menschenverachtung, Gewaltherrschaft und Terror, den Deutschland unter der Führung des Nationalsozialismus eingeschlagen hatte.

Am 1. September 1939 kehrte sich die totalitäre Gewalt des Nationalsozialismus, die schon seit Jahren gegen die Freiheit und die Menschenrechte in Deutschland gewütet und Zehntausende von Deutschen versklavt, gemordet oder ins Exil getrieben hatte, gegen die Welt. Polen wurde das erste Opfer des Zweiten Weltkrieges.

Jeden Deutschen, der sich der geistigen und moralischen Überlieferung Europas verpflichtet fühlt, muß es auch heute noch mit tiefer Scham erfüllen, zu sehen, mit welcher zielstrebigem Brutalität die Unterwerfung, Teilung und Ausrottung des polnischen Volkes, die Aussiedlung vieler Polen aus ihrer angestammten Heimat und die Auslöschung der polnischen Geschichte und Kultur durch den deutschen Nationalsozialismus betrieben wurde. Eine Politik, die von den primitivsten Kategorien der Menschenverachtung bestimmt war, setzte in vermessener Weise die Zugehörigkeit zum eigenen Volk mit „Gut“ und die zum anderen Volk mit „Böse“ gleich. Sie warf damit, ähnlich wie gegenüber den Juden, schier unüberbrückbare Gräben zwischen Polen und Deutschen auf und bewirkte eine tiefgehende Vergiftung in den Beziehungen zwischen unseren Völkern. Die Saat des Hasses ist tausendfältig aufgegangen und diente der Rechtfertigung von Terror und Mord in unvorstellbaren Ausmaßen.

Gemeinsam beklagen wir die vielen Millionen von Opfern in Polen, denen im deutschen Namen und von Deutschen das Leben geraubt, denen Gesundheit und Lebensglück genommen worden ist oder die in bitteres Elend gestoßen worden sind. Fast jede polnische Familie wurde davon betroffen. Dies wirkt bis heute nach. Hier ist ein Maß von Schuld aufgehäuft worden, für das es keine Wiedergutmachung geben kann. Infolge des von Hitler ausgelösten Krieges mußten Millionen von Menschen – Polen und Deutsche – gegen ihren Willen ihre angestammte Heimat verlassen.

Gemeinsam erinnern wir daran, daß die Feindschaft zurückschlug, als die Waffen schwiegen. Nun wurden Menschen oft verfolgt, nur weil sie Deutsche waren. Das Leid von Millionen Deutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wur-

den, dabei Tote zu beklagen hatten und ihr Hab und Gut verloren, weckt bei Polen und Deutschen Trauer und Mitgefühl.

Gemeinsam haben wir darunter zu leiden, daß die zynische Machtpolitik, wie sie im Ribbentrop-Molotow-Pakt zum Ausdruck kam, Hitlers blindwütige und zerstörerische Kriegspolitik ermöglichte und damit die Voraussetzungen für die Spaltung Europas in zwei gegensätzliche politische Systeme geschaffen hat. Die haßbeladene Vergangenheit konnte nicht durch Friedensschluß überwunden werden. Sie wurde in einer grundlegend veränderten Weltsituation immer wieder ideologischen und politischen Zielen dienstbar gemacht. So konnten Begegnung und Verständigung zwischen Polen und Deutschen und oft schon die bloße Wahrnehmung von Tatsachen und historischen Zusammenhängen, die unsere Völker betreffen, jahrzehntelang verhindert oder doch über alle Maßen erschwert werden.

Es ist das Verdienst der polnischen Bischöfe, als erste die vielfältige Blockierung aufgesprengt zu haben, die durch Krieg und Okkupation, Feindschaft und Haß und schließlich durch den Kampf der Systeme entstanden war. Ihr Brief an die deutschen Bischöfe vom November 1965 setzte ein weithin sichtbares Zeichen der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk.

Mit Dankbarkeit und Stolz stellen wir gemeinsam fest, daß dieser Brief die mutigste und weitsichtigste Tat in den polnisch-deutschen Beziehungen der letzten Jahrzehnte war. Wir erinnern daran, daß die deutschen Bischöfe die dargebotenen Hände ergriffen und daß die deutschen Katholiken auf dem Deutschen Katholikentag 1966 in Bamberg feierlich versichert haben, „sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß das deutsche Volk die nationalen Existenzrechte des polnischen Volkes respektiert.“

Der zutiefst christliche und zugleich menschliche Geist, in dem die Bischöfe Polens Vergebung gewährt und Vergebung erbeten haben, hat den Bann gebrochen, der so lange auf dem deutsch-polnischen Verhältnis lastete. Die Zeit war reif, die Deutschen nicht mehr kollektiv schuldig zu sprechen und die Forderung nach der Wiederherstellung des verletzten Rechts mit der Tugend der Barmherzigkeit zu verbinden.

Fünfzig Jahre nach Kriegsbeginn wissen wir gemeinsam mehr und genauer, in welche Abgründe von Haß und Unmenschlichkeit, von Angst und Versagen die totalitäre Entwürdigung des Menschen führen kann. Die Erinnerung an Auschwitz stellt uns die äußerste Gefährdung und Schuld des Menschen vor Augen; sie lehrt uns aber auch, „diese große Mahnung von Auschwitz für Europa und auch für die Welt“ zu befolgen, wie Papst Johannes Paul II. immer wieder betont: Die Sache des Menschen zu verteidigen, seine Würde und seine Rechte zu wahren, die Rechte der Nationen zu sichern, als unabdingbare Grundlage allen menschlichen Zusammenlebens.

Wir Christen sehen diese Würde darin begründet, daß Gott den Menschen als „sein Abbild“ geschaffen hat (vgl. Gen 1,27) und daß Gottes Liebe in Christus die Würde des Menschen endgültig und unverlierbar geoffenbart und bestätigt hat (Redemptor hominis 10). Die Tat des heiligen Maximilian Kolbe hat die Kraft dieser Wahrheit und dieser Liebe in einzigartiger Weise bezeugt. Das ist

für uns ein Zeichen der Hoffnung. Zusammen mit dem Papst leiten wir daraus die Pflicht und Verpflichtung für uns ab, das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Handeln „unter dem Gesichtspunkt der objektiven und unverletzlichen Menschenrechte einer ständigen Revision zu unterziehen“ (Redemptor hominis, 17).

Wortlaut in: Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa. Erklärung polnischer und deutscher Katholiken. Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989. O wolność, sprawiedliwość i pokój w Europie. Oświadczenie katolików polskich i niemieckich w pięćdziesiątą rocznicę wybuchu II Wojny Światowej, ZdK Dokumentation 8. August 1989, Bonn 1989, 1–17, 1–4.

K.III.8' GESPRÄCHSKREIS „JUDEN UND CHRISTEN“ BEIM ZENTRALKOMITEE DER DEUTSCHEN KATHOLIKEN

Erklärung „Kloster und Kreuz in Auschwitz?“ vom 26. April 1990

Die Kontroverse um den Karmel von Auschwitz als die schwerste Krise im katholisch-jüdischen Verhältnis seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (→ K.I.25') hatte auch in Deutschland ihren Niederschlag. Um verständlich zu machen, welche unterschiedlichen Auffassungen von Symbol und Spiritualität bei Juden und Christen dem Konflikt zugrunde liegen, erarbeiteten die jüdischen und katholischen Mitglieder des Gesprächskreises eine gemeinsame Erklärung.

Zum Sachverhalt

Seit fünf Jahren ist der „Karmel von Auschwitz“ Gegenstand einer schmerzlichen Kontroverse zwischen Katholiken und Juden. Die Vereinigung „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ hatte anlässlich des Pastoralbesuchs von Papst Johannes Paul II. im Mai 1985 in den Beneluxländern mit einem Flugblatt unter der Überschrift „ihr Geschenk für den Papst: ein Konvent in Auschwitz“ um Spenden geworben. Der Spendenaufruf verwies auf die Existenz eines Konvents der barfüßigen Karmelitinnen im Gebäude des alten „Theaters“ von Auschwitz. Dieses Gebäude, unmittelbar am Zaun des Konzentrationslagers von Auschwitz I gelegen, diente in den Jahren der Vernichtung als Lagerort für das Giftgas Zyklon B und war Teil des Gesamtkomplexes von Auschwitz, der das 3 km entfernte Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau (Auschwitz II) ebenso umfaßte wie eine Vielzahl von Außenlagern.

Die Information über den Karmelkonvent in diesem Gebäude führte zu spontanen Reaktionen des Protestes der jüdischen Gemeinschaft – zunächst in Westeuropa, dann in Israel und der weiteren Diaspora. Bedeutende katholische Persönlichkeiten erhoben ebenfalls Einspruch. Um den entstehenden Konflikt zu entschärfen, trafen sich autorisierte hochrangige Vertreter der katholischen und jüdischen Welt zu Beratungen. In einer gemeinsamen Erklärung vom 22. Feb-